



Vergangenen Winter wurde die Siedlung „VI. Parteitag“ in Havanna gegründet (Quelle: [Granma](#))

Kubas Regierung plant in den kommenden Jahren tausende Sozialwohnungen in der Hauptstadt Havanna zu errichten, um Wohnraum für die über 130.000 Bewohner von Notunterkünften zu schaffen. In einem ausführlichen Bericht kurz vor dem 495. Jahrestag der Stadtgründung, gab die Parteizeitung Granma jüngst [Einblick](#) in das langfristige Projekt. Es besteht aus 13 Siedlungen in den Gebieten El Palmar (Mariano) und Guiteras (Habana del Este), die nach und nach entstehen sollen.

Mindestens 2.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr

An dem Programm, das im März 2013 begann, sind Bauarbeiter und Ingenieure aus neun Provinzen des Landes sowie mehrere staatliche Baufirmen beteiligt. Letztes Jahr wurden im Rahmen des Projekts 13 Wohngebäude mit 746 Apartments fertiggestellt. 2014 sollen es

1.300 neue Wohneinheiten werden, die bis zum Ende des Jahres kostenlos an die Bewohner von Notunterkünften in der Hauptstadt übereignet werden.

„Dies ist ein systematisches und langfristig angelegtes Programm“, sagte der Direktor einer der beteiligten Baufirmen, Everto Estrada Lorenzo, gegenüber der Granma. Ab 2015 sollen mindestens 2.000 neue Wohneinheiten pro Jahr fertiggestellt werden. „Die Richtlinie besagt, die Gebäude nach ihrer Fertigstellung an die Bewohner der Notunterkünfte zu übergeben“, sagte Ana Maria Nápoles, Leiterin des Programms der Notunterkünfte für die Stadt Havanna.



Bauarbeiter aus neun Provinzen sind an dem Projekt beteiligt (Quelle: [Granma](#))

Diese offiziell als „Gemeinschaften im Transit“ bezeichneten Unterkünfte sind staatlich bereitgestellte Herbergen für Menschen ohne Wohnraum. Zum ersten Mal gab die kubanische Presse genaue Angaben über die Situation in der Hauptstadt bekannt: In Havanna leben heute über 30.000 Familien in solchen Notunterkünften (span.: *albergues*), was 132.699 Einzelpersonen oder 6 Prozent der Einwohner Havannas entspricht. Die Gründe dafür sind vielfältig, oftmals sind die Ursachen Hurrikanschäden oder die zerfallende Bausubstanz vieler Häuser.

Das Wohnungsdefizit in ganz Kuba wird auf über 600.000 Einheiten geschätzt. In der Hauptstadt leben durchschnittlich 3,04 Personen in einem Haushalt. In den letzten Jahren konnte der Bausektor seine moderaten Ziele von landesweit 30.000 Wohnhäusern pro Jahr nur selten erreichen. Wer ohne eigene Wohnung nicht bei der Familie oder bei Freunden unterkommt muss in Kuba zwar nicht auf der Straße enden – der Wohnraum in den staatlichen Notunterkünften ist allerdings nur als Provisorium gedacht. Einige Kubaner leben jedoch seit mehreren Jahrzehnten in einer Notunterkunft.

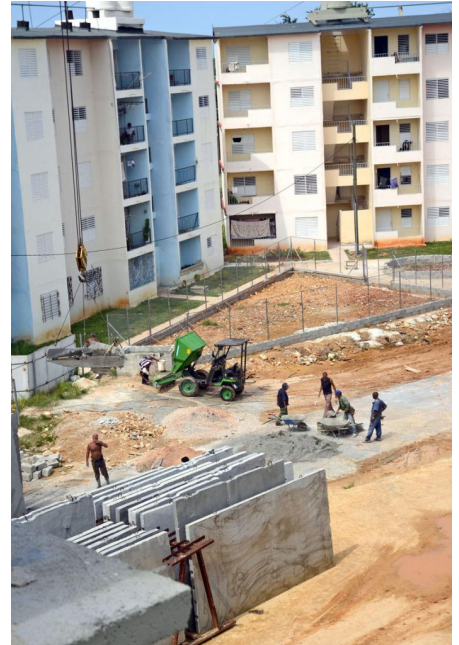
Zuteilung nach sozialer Dringlichkeit

„Es wurde beschlossen, die Arbeiten an diesem Projekt zu verstärken um eine Antwort auf die Situation zu finden in der sich diese Leute befinden. Man muss bedenken, dass es in Havanna eine überdurchschnittliche Zahl solcher Notunterkünfte gibt, auf die in der Vergangenheit nur sehr langsam reagiert wurde“, drückte es die Granma aus.

Um die gerechte Verteilung der Wohneinheiten zu gewährleisten wurde ein Bedarfsplan mit Gruppen verschiedener sozialer Dringlichkeit erstellt. Die Zuteilung wird von einer lokalen Kommission unter Leitung des Wohnungsinstituts und des Sozialministeriums geregelt. Zunächst erhalten diejenigen Wohnraum, die seit über 20 Jahren in einer Notunterkunft hausen. Ihnen folgen diejenigen, die in stark baufälligen Häusern wohnen sowie die Gruppe der Sozialfälle, wozu unter anderem körperlich und mental eingeschränkte Personen zählen.

Seit Beginn des Programms haben über 2.000 Familien von den Neubauten profitiert, noch immer gibt es allerdings 18 Familien, die seit über 20 Jahren in einer Notunterkunft leben. Diese Situation soll sich bis zum Ende des Jahres geändert haben, so dass im nächsten Jahr Personen bedient werden können, die zwischen 15 und 20 Jahren ohne Wohnung sind. 2016 sollen dann diejenigen eine Wohnung erhalten, welche zwischen 10 und 14 Jahren in der Notunterkunft leben.

Der Erfolg des Programms zeigt sich auch in der Meinung der neuen Eigentümer: „Manche Leute sagen, dass diese Häuser nicht gut seien. Aber das sagen diejenigen, die niemals das erlebten was mein Sohn und ich durchgemacht haben. Ich kann mich nicht wie die anderen beklagen, ich hatte keinen Ort zum Leben“, sagt Teresa Pillar, eine 70-jährige Mutter die über zehn Jahre in einer Notunterkunft verbracht hat. Sie gehörte im Dezember 2013 zu den ersten, die ihre neuen Wohnungen beziehen konnten. Heute lebt sie zusammen mit anderen Familien in der Siedlung „VI. Parteitag“, die erste unter den dreizehn Neugründungen am



Mehr als 2.000 Familien haben bisher ein neues Dach über dem Kopf erhalten (Quelle: [Granma](#))

Rande der Hauptstadt.

### Kritik an der spartanischen Ausstattung

Die Granma wies auch auf bauliche Mängel bei der Umsetzung des Programms hin. Kritik gab es vor allem an der spartanischen Grundausstattung der Haushalte: die Wohnungen werden mit Zementboden in der Küche und ohne Badfließen übergeben. Auch seien einige Wohnungen noch unfertig übergeben worden, wobei den Angaben der Funktionäre zu Folge inzwischen überall nachgebessert wurde. Zu den Vorwürfen der niedrigen Qualität kommentierte ein beteiligter Ingenieur: „Zunächst muss festgestellt werden, dass diese Gebäude unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit errichtet wurden.“



Und weiter: „Wir garantieren die Mindestvoraussetzungen an Funktionalität und Bewohnbarkeit und tragen Verantwortung für die bauliche Struktur, die Hausanlagen, die Zimmermannsarbeiten sowie die Abdichtungen und Oberflächen die ein Haus als bewohnbar qualifizieren.“ Weitere technische Verbesserungen sowie der Ausbau der Inneneinrichtung blieben den Anwohnern selbst überlassen.

Auch für Sozialwohnungen gelten gewisse Mindeststandards (Quelle: [Granma](#))

Die Häuser wurden mit Hilfe der [Großtafelbauweise](#) in den Systemen „Forsa“ und „Gran Panel“ errichtet, wobei letzteres eine kubanische Abwandlung sowjetischer Entwürfe der 1960er und 1970er Jahre darstellt. Eine Wohnung in einem „Forsa“-Haus hat 86 Quadratmeter Wohnfläche, im „Gran Panel“ stehen den Bewohnern 52 Quadratmeter zu Verfügung. Probleme gibt es noch bei der lokalen Produktion der Platten, die derzeit aus anderen Provinzen importiert werden müssen.

Teil des „Plan 2030“

Bis das Problem der Notunterkünfte vollständig gelöst ist, wird es noch einige Jahre dauern. Wenn wie geplant 2.000 neue Wohnungen pro Jahr fertiggestellt werden, können in knapp 17 Jahren alle bedürftigen Familien eine neue Wohnung erhalten. Die Langfristigkeit des Programms zeugt von den großen Ambitionen der Kubaner bei der Errichtung eines „wohlhabenden und nachhaltigen Sozialismus“ bis zum Jahr 2030.

Es stellt seit der Sonderperiode den ersten systematischen Lösungsansatz für das Problem der Notunterkunft in Havanna dar. Noch nie seit 1990 wurde in Kuba sozialer Wohnungsbau in solchem Ausmaß geplant. Damit ist das Projekt der bisher greifbarste Ausdruck von Raúl Castros Versprechen, niemanden durch die Wirtschaftsreformen zurückzulassen. Nicht zufällig trägt die erste Siedlung daher den Namen „VI. Parteitag“.

Auch andernorts geht der Wohnungsbau weiter. In der östlichen Metropole Santiago de Cuba wurde jüngst ein ambitioniertes Projekt [beschlossen](#), dass die Errichtung von über 29.000 neuen Wohnungen bis zum Jahr 2025 vorsieht. Die Sozialwohnungen Havannas machen derzeit nur einen Bruchteil der 4.110 Wohnungen aus, die im letzten Jahr in der Hauptstadt errichtet wurden.

Doch bereits jetzt entfaltet das Programm seine Wirkung, meint die für Havannas Notbehausungen zuständige Funktionärin Ana Maria Nápoles. Die Leute in den Unterkünften hätten heute mehr Vertrauen als früher, denn sie wüssten nun, dass sich ihre Situation in absehbarer Zeit ändern wird. „Sie haben jetzt nicht mehr diese Unsicherheit“, sagte Nápoles.

Teilen: